

2021 war gut, 2022 soll besser werden

Angesichts der Probleme durch das Bevölkerungswachstum etwa in der Energie- oder der Verkehrspolitik könnte eine ähnliche Debatte aufkommen wie zuvor über das Rahmenabkommen mit der EU. **REINER EICHENBERGER**

Das Jahr 2021 hat der Schweiz politische Gesundheit gebracht. Die Coronapolitik war vernünftiger als in den Nachbarländern, und in wichtigen Bereichen wendete sich die Politik zum Besseren. Der Bundesrat sah ein, dass das Rahmenabkommen mit der EU unverantwortbar war. Die stereotype Drohung, ohne Rahmenvertrag erodierte die Bilateralen I, verlor ihre Wirkung. Immer mehr Leute verstehen, dass die Bilateralen I aus gesamtwirtschaftlicher Sicht wenig wert sind. Wichtig ist vor allem Freihandel. Den aber haben wir schon dank dem Freihandelsabkommen von 1972 und den Vorgaben der Welthandelsorganisation WTO. Die Früchte des weiter gehenden Binnenmarktzutritts können Unternehmen grossenteils auch durch kluge Pläne B von Politik und Wirtschaft erreichen.

Immer mehr Bürger und Politiker halten die illusionäre Energiestrategie der Schweiz für gescheitert. Der gleichzeitige Ausstieg aus fossiler und atomarer Energie wäre nur mit einem extremen Ausbau der erneuerbaren Energiequellen möglich, der hohe Energiekosten, unsichere Versorgung und Aushebelung des Landschafts- und Naturschutzes brächte. Die Strategie könnte nur dann funktionieren, wenn völlig neuartige, billige Langzeitspeicher für Strom verfügbar würden. Wer auf solche unvorhersehbaren Entwicklungen wettet, handelt unverantwortlich.

Zuwanderung und Knappheit

Der neue Realismus in Energiefragen revolutioniert auch die Zuwanderungspolitik. Ein Stromabkommen mit der EU würde uns nicht vor einer Mangellage schützen, denn in einer Mangellage fehlt der Strom auch in der EU. Versorgungssicherheit hängt deshalb stark davon ab, wie gross die abrufbare inländische Erzeugung relativ zum inländischen Verbrauch und so zur inländischen Bevölkerung ist. Da diese fast ausschliesslich durch Zuwanderung wächst, hängen auch Strommangellagen und Zuwanderung eng zusammen. Das öffnet die Augen für den Zusammenhang von Zuwanderung und der Knappheit vieler anderer Faktoren, deren Ausbau natürlich oder politisch begrenzt ist. Beispiele sind Land sowie die Verkehrs-, die Bildungs- und die Gesundheitsinfrastruktur.

Hinzu kommen all die Bereiche, in denen Emissions- und Immissionsgrenzwerte das Wachstum beschränken, etwa durch CO₂-Emissionsziele oder, wie im mobilen Datenverkehr, durch Grenzwerte für elektromagnetische Strahlenlast, sowie alle Bereiche mit Selbstversorgungszielen wie die Nahrungsmittelproduktion oder eben die Energieversorgung. In all diesen Bereichen

führt Zuwanderung zu steigenden Kosten sowie abnehmender Versorgungsqualität und damit zu abnehmendem Wohlstand der bisherigen Einwohner.

Schliesslich unterstützt auch Corona den neuen Zuwanderungsrealismus. Bisher fokussierten die Regierungen auf Verdichtung und wollten die zusätzlichen Einwohner vor allem in den schon dicht besiedelten Gebieten unterbringen, frei nach dem Motto «einpferchen statt einzonen». Wegen Corona hat sich nun Home Office etabliert, und viele Unternehmen möchten wenigstens für einen Teil der Arbeitszeit dabei bleiben. Als Folge brauchen Arbeitskräfte grössere Wohnungen und sind bereit, weiter – weil seltener – zu pendeln. Viele möchten deshalb aufs Land ziehen, wo es ihnen besser gefällt, billiger ist und es eigentlich Platz gibt. Ihr Motto für 2022 ist deshalb «einzonen statt einpferchen».

2022 könnte auch das Jahr des Realismus in der Verkehrspolitik werden. Gemäss Zahlen des Bundesamtes für Statistik BFS betragen die externen Kosten durch Umwelt-, Lärm- und Unfallschäden sowie die Belastung öffentlicher Budgets für den öffentlichen Verkehr auf der Schiene 24,5 Rp. pro Personenkilometer und für das Auto 7,3 Rp. Mit zunehmender Elektrifizierung des Autoverkehrs wird sich die Balance weiter zu Lasten des ÖV verschieben.

Erstens wird er seinen Nimbus als sauberes Verkehrsmittel verlieren, wenn auch die Autos elektrisch fahren. Zweitens muss ein Road Pricing für Autos kommen, das die Elektroautos in die Strassenfinanzierung einbindet. Doch wenn schon ein Road Pricing-System eingerichtet wird, wird der Druck zunehmen, damit auch die negativen externen Effekte des Autoverkehrs zu internalisieren. Als Folge wird sich der private Verkehr aufgrund veränderter Nachfrage und neuer Technologien sehr schnell entwickeln, hin zu kompakteren, effizienteren, leiseren, luxuriöseren und teilautonomen Fahrzeugen.

Je weniger externe Effekte die Autos verursachen, desto schlechter lassen sich die riesigen Subventionen für den ÖV rechtfertigen. Drittens hat sich in den vergangenen zwei Jahren gezeigt, wie fragil das System ÖV ist. So erwies sich das Coronavirus für den ÖV als grosse Bedrohung. Zugleich bringt die zunehmende Fahrplandichte Systemrisiken und -instabilität mit sich, und offensichtlich sind die SBB mit den Entwicklungen überfordert. Anders kann man die Leidensgeschichte rund um den neuen Fernverkehr-Doppelstockzug FV-Dosto nicht erklären. 2022 werden deshalb immer mehr Leute denken: Die Zukunft gehört dem Auto.

Was bedeutet das alles für die Politik im kommenden Jahr? Wenn immer mehr Menschen die hohen Kosten des Bevölkerungswachstums und den geringen Nutzen der Bilateralen I erkennen, heisst das nicht automatisch, dass Regierung und Parlament ihre bisherige Politik anpassen. Sie haben ja bisher nicht grundlos eine falsche Politik verfolgt. Die Regierung hat eine grosse Zahl von Studien zur Wirkung der Zuwanderung auf den Arbeitsmarkt bestellt, obwohl immer schon klar war, dass die Zuwanderung in einem flexiblen Arbeitsmarkt kaum grosse Probleme verursachen kann.

Hingegen hat sie die Kosten der Zuwanderung durch Verknappung und Verteuerung von Faktoren wie Boden, Infrastruktur und Selbstversorgungsziele nicht untersuchen lassen. Das dürfte auch eine Folge davon sein, dass viele Kräfte in der Politik nicht oder nicht nur am Wachstum des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf sowie an der realen Lebensqualität interessiert sind, sondern vor allem am Wachstum des gesamten BIP, denn Letzteres bringt ihnen mehr Steuereinnahmen, grössere Budgets, grösseren Ausgaben- und Regulierungsbedarf und so grösseren Einfluss.

Ehrlich sein gegenüber Brüssel

2022 dürfte sich das ändern. Angesichts der offensichtlichen Probleme durch das Bevölkerungswachstum in der Energie-, der Verkehrs-, der Klimapolitik etc. könnte eine ähnliche Debatte aufkommen, wie sie schon das Rahmenabkommen zu Fall gebracht hat. Sobald ernsthaft über die Zusammenhänge nachgedacht wird, wird sich zeigen: Die Schweiz hat ein schwerwiegendes Problem mit dem Bevölkerungswachstum. Daraus wird sich wieder eine Debatte über die Zuwanderung ergeben. Die Regierung wird wohl wieder argumentieren, dass jede Begrenzung der Zuwanderung gegen die Personenfreizügigkeit und die Bilateralen I verstosse. Das wiederum legt nur einen Schluss nahe: Die Schweiz muss gegenüber der EU endlich ehrlich sein.

Wir müssen der EU klar sagen, dass die heutige Zuwanderung in die Schweiz längerfristig nicht tragbar ist, und der Nutzen der Bilateralen I weit kleiner ist als die Kosten des Bevölkerungswachstums. Die meisten Regierungen in der EU würden das nur zu gut verstehen. Denn sie alle wissen: Wenn ihre Länder ein so hohes zuwanderungsgetriebenes Bevölkerungswachstum hätten, hätten sie die Personenfreizügigkeit längst ausser Kraft setzen müssen. Wenn die EU-Staaten trotzdem auf der Personenfreizügigkeit beharren, gibt es für die Schweiz nur einen Weg: Sie muss die Personenfreizügigkeit kündigen und die Zuwanderung wieder selbst steuern, am besten mit einer zeitlich beschränkten Aufenthaltsabgabe für Neuzuwanderer.

Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg i. Üe.



«Ein Stromabkommen mit der EU schützt uns nicht vor einer Mangellage.»

Unverwundbar

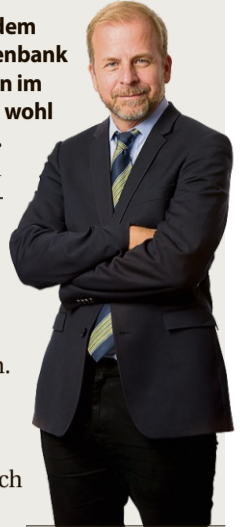
Die Katze ist aus dem Sack. Die US-Notenbank wird die Leitzinsen im kommenden Jahr wohl drei Mal erhöhen.

Das das nicht zu einem Kursgewitter an den Börsen geführt hat, sondern gar zu Gewinnen, mag einige Anleger überrascht haben. Schliesslich machen höhere Zinsen höhere Aktien per se unattraktiver. Doch einerseits zeigt die Reaktion, wie wenige Alternativen es zu Aktien gibt und wie unverwundbar der Markt zu sein scheint, andererseits wird klar, wie Anleger im Moment denken.

Investoren hassen etwas noch viel mehr als höhere Zinsen, nämlich Unsicherheit. Das Fed hat diese Unsicherheit aus dem Markt genommen. Jetzt ist klar, dass man die Inflation ernst nimmt und alles dafür tut, dass sie nicht zum Problem wird.

Anleger haben wieder Vertrauen in die amerikanische Zentralbank. Jetzt können sie längerfristig planen. Ebenfalls ist der Zeitpunkt für viele Profis gekommen, ihre Hedging-Positionen aufzulösen und wieder ganz simpel in Aktien zu investieren. Auch das hilft dem Markt. Besser hätte es nicht laufen können. Nicht auszuschliessen, dass das Fed im Endeffekt mit weniger Zinsschritten auskommt, was nochmals Zug in den Markt bringen würde.

Und in Europa, in der Schweiz? Dort haben die Notenbanken klargemacht, dass sie nicht einfach dem Weg der USA folgen. Inflation ist weniger ein Problem, Zinserhöhungen nicht das Zauberwort. 2022 und vielleicht auch 2023 dürfte es in Europa und der Schweiz keinen oder, falls doch, nur einen klitzekleinen Zinsschritt geben. Auch das bringt Sicherheit. Klar, der nächste Gefahrenherd für den Markt kommt bestimmt. Doch eine ganz wichtige Bewährungsprobe wurde mit Bravour bestanden.



JAN SCHWALBE
Chefredaktor
zum Thema
US-Notenbank

Anzeige

HUBLOT

**BIG BANG UNICO
TITANIUM BLUE CERAMIC**

HUBLOT